



Barthle-Brief

Nr. 4

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

18.12.2009

Thema der Woche:

Wachstumschancen beschleunigt

Bundeswehruntersuchungsausschuss eingesetzt – Entwurf des Bundeshaushaltes 2010 vorgelegt

Entlastungen ab 1.1.2010

Am heutigen Freitag hat der Bundesrat mit den Stimmen der von Union und FDP geführten Bundesländer dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zugestimmt. Damit ist die letzte parlamentarische Hürde genommen, damit das Gesetz noch in diesem Jahr rechtzeitig im Bundesgesetzblatt steht, um dann ab 1. Januar 2010 in Kraft treten zu können.

Das Gesetz sieht u.a. folgende Maßnahmen vor: Das Kindergeld wird um je 20 Euro erhöht. Für das erste und das zweite Kind gibt es damit vom kommenden Jahr an monatlich 184 Euro, für das dritte 190 Euro und für jedes weitere je 215 Euro. Der Kinderfreibetrag steigt von derzeit 6.024 Euro auf 7.008 Euro. Geschwister sowie Nichten und Neffen sollen bei einer Erbschaft künftig Geld sparen. Dazu werden bei der Erbschaftsteuer die Sätze gesenkt. Auch die Bedingungen für eine geringere Erbschaftsteuer bei der Unternehmensnachfolge werden verbessert. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz unterstreicht die neue schwarz-gelbe Koalition eindrucksvoll ihre Handlungsfähigkeit. Es ist ein guter Auftakt für die weiteren vor uns liegenden Aufgaben.

Aktuelle Stunde zum Afghanistaneinsatz

In der letzten Sitzungswoche des Jahres 2009 ereignete sich anlässlich einer aktuellen Stunde zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Deutschen Bundestag eine hochemotionale Debatte. Hintergrund dieser aktuellen Stunde waren die Geschehnisse des 4. September 2009 in Kundus um die gekaperten Tanklastzüge und um den daraufhin erfolgten Luftangriff. Von Beginn an hat die Unionsfraktion deutlich ge-

macht, dass ihr sehr an einer transparenten Aufarbeitung der Vorgänge um diesen Luftangriff gelegen ist. Daher haben wir zusammen mit der FDP sofort einen Untersuchungsausschuss beschlossen. Das richtige Gremium dafür ist der Verteidigungsausschuss, der sich an diesem Mittwoch als Untersuchungsausschuss konstituierte. Als einziger der Ausschüsse im Deutschen Bundestag steht dem Verteidigungsausschuss dieses Recht nach Art. 45a Grundgesetz zu. Anstatt, wie in der aktuellen Stunde aus den Reihen der Opposition versucht, die Vorgänge in Kundus dazu zu missbrauchen, den Einsatz in Afghanistan in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, wollen wir den Untersuchungsausschuss dazu nutzen, die konkreten Vorgänge vom 4. September 2009 aufzuklären. Wir sehen uns damit einig mit der Bundesregierung. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat unser volles Vertrauen. Wir bedauern sehr, dass in dieser von Seiten der Grünen und Linken, aber auch von der SPD, unsachlich und unfair geführten Debatte wieder einmal das generelle Unbehagen der Opposition gegenüber unseren Streitkräften im Allgemeinen und gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Besonderen, zum Ausdruck kam. Das Misstrauen und das ablehnende Verhalten der Opposition fällt auf unsere Soldatinnen und Soldaten zurück und ist in großem Maße schädlich für ihren schweren Einsatz. Aus vielen Kasernen in unserem Land hören wir, wie irritiert und verunsichert man dort über manche Aussage sind. Wir alle wissen, dass über Weihnachten wieder tausende unserer jungen Menschen aus der Bundeswehr in Afghanistan und an anderen Orten unter schwierigsten Bedingungen und unter Einsatz ihres Lebens im Einsatz sind – im Auftrag des Deutschen Bun-

destags für Frieden und Sicherheit zu sorgen. Daher muss jetzt aber auch im Rahmen der Arbeit des Untersuchungsausschusses deutlich werden, dass wir unseren Soldatinnen und Soldaten Vertrauen entgegen bringen. Eines ist für uns klar: Unserer Unterstützung können sie sich sicher sein.

Bundshaushalt 2010

In dieser Woche hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den zuvor dem Bundeskabinett vorgelegten Entwurf für den Bundshaushalt 2010 vorgestellt. Ehrgeiziges Ziel der Koalition ist es, die parlamentarischen Beratungen dazu bis Ende März 2010 abgeschlossen zu haben. Erst danach wird die bis dahin rechtlich notwendige vorläufige Haushaltsführung beendet werden können. Mit der für 2010 geplanten Nettokreditaufnahme (NKA) in Höhe von 85,8 Milliarden Euro erreichen wir ein historisches Niveau und sind krisenbedingt weit entfernt von einer ursprünglich in einem zurückliegenden Finanzplan für das Jahr 2010 geplanten Größe von 6 Milliarden Euro. Uns ist aber trotz dieser Größenordnung bewusst: Zu dieser expansiv wirkenden Haushaltspolitik gibt es in der gegenwärtigen Situation keine vernünftige Alternative. Denn aus Erfahrungen wissen wir, dass es kontraproduktiv ist zu versuchen, gegen eine solche Wirtschaftskrise anzusparsen. Daher haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode unterstützende Maßnahmen ergriffen.

An diese Maßnahmen zur Krisenbewältigung knüpfen wir jetzt nahtlos an. So werden durch die Umsetzung des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ auf der Einnahmeseite Steuermindereinnahmen in Höhe von rd. 3,9 Milliarden Euro abgebildet. Auf der Ausgabenseite führt das Sofortprogramm zu Zusatzbelastungen in Höhe von rd. 5 Milliarden Euro. Diesen Belastungen stehen „Einsparungen“ in etwa gleicher Größenordnung gegenüber, die sich aus der gegenüber dem Sommer verbesserten Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Es handelt sich dabei insbesondere um Minderausgaben für den Arbeitsmarkt und um Steuerermehreinnahmen. Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland verlief zuletzt günstiger als noch im Frühjahr erwartet.

Zudem deuten die in die Zukunft weisenden Wirtschaftsdaten auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtstendenz hin. Dennoch verbleibt die gesamtwirtschaftliche Aktivität auf niedrigem Niveau. Im Jahr 2010 wird für das nominale Bruttoinlandsprodukt nun eine Veränderungsrate von + 1,6 % erwartet. Die Schätzung der Steuereinnahmen des Bundes wurde daraufhin leicht um 1,0 Milliarden Euro auf insgesamt 215,7 Milliarden Euro angehoben.

Insgesamt zeigt sich: Allen Unkenrufen zum Trotz ist dieser Haushalt im Hinblick auf die aktuelle Finanz- Wirtschaftskrise ein guter Haushalt, der in die Zukunft weist und die richtigen Signale setzt. Der Haushalt wird in einer besonders schwierigen Zeit aufgestellt und ist in seiner historischen Bedeutung einmalig. Es gilt aber über den Haushalt 2010 hinauszuschauen, denn sowohl den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt als auch die grundgesetzliche Schuldenbremse können wir nur einhalten, wenn wir mit dem Haushalt 2011 und dem neuen Finanzplan 2014 wieder auf einen strikten Konsolidierungskurs einschwenken.

Einsetzung parlamentarischer Gremien

Auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages stand in dieser Woche die Einsetzung verschiedener parlamentarischer Gremien, die nach der Bundestagswahl vom 27. September 2009 neu gebildet werden mussten. Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag ist in den verschiedenen Gremien, die für die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes von großer Bedeutung sind, wieder stark vertreten. So wird in der 17. Wahlperiode der Innenpolitikexperte Clemens Binner im Parlamentarischen Kontrollgremium die Arbeit der Geheimdienste mit beaufsichtigen. Norbert Barthle betreut als Vorsitzender des Vertrauensgremiums die Geheimdienste aus häuslicher Sicht. Im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat werden in Zukunft der Landesgruppenvorsitzende Thomas Strobl und als Stellvertreter der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder vertreten sein. Der Innen- und Rechtspolitiker Ingo Wellenreuther wird wieder Mitglied im Richterwahlausschuss des Deutschen Bundestages und Axel E. Fischer Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.